

Was ich sagen will

Heinz Engelhardt, Generalmajor a.D.

Diese Zeit ist geeignet zum Nachdenken und Aufräumen.

In 28 Jahren Zugehörigkeit zum MfS und in den mehr als drei Jahrzehnten danach hat sich erstaunlich viel angesammelt. Beim Sichten des Materials wurden Erinnerungen wach, so manches war in Vergessenheit geraten.

Ich hatte schon immer die Angewohnheit, kaum etwas zu entsorgen. Umfangreiche Korrespondenzen fielen mir in die Hände. Ein erstes und oberflächliches Fazit: Ich muss mir nicht vorwerfen, nach 1990 stillgehalten zu haben.

Ich fand die Kopien von Briefen, die an den Botschafter der Russischen Föderation in Deutschland und Armeegeneral Krjutschkow, damals Vorsitzender des KGB, gerichtet waren. In diesen Briefen habe ich versucht, anschaulich zu schildern, wie mit den Angehörigen des MfS, mit ihren ehemaligen Klassen- und Waffenbrüdern, umgegangen wird, wie diese ausgegrenzt und in das politische, berufliche und soziale Abseits gestellt werden.

Leider habe ich keine Antwort erhalten.

Ich habe dem Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, damals Werthebach, geschrieben, an Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland, an die Chefredaktion „Der Spiegel“ und auch an den letzten Innenminister der DDR, Diestel. In erster Linie immer in der Verantwortung, sozialen Frieden zu schaffen und den würdelosen Umgang mit Funktionsträgern der DDR, den Angehörigen des MfS, zu beenden.

Lediglich Diestel hat reagiert. Es fand ein Gespräch im damaligen Landtag Brandenburg statt. Er teilte unsere Sorgen und versicherte uns, Rechtsbeistand zu leisten, falls erforderlich. An seiner Position hat sich bekanntlich bis heute im Wesentlichen nichts geändert.

Erst mit Schreiben vom 28.7.1992 entschuldigte sich bei mir der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages für seine verspätete Reaktion. Mir wurde die Beschluss-Empfehlung zu meinem Einspruch „Gesetz über die Aufhebung der Versorgungsordnung...“ über sandt. Wie nicht anders zu erwarten. Es wurde empfohlen, das Petitionsverfahren abzuschließen. Interessant u.a. die Aussage, „...mit der Verfassung der ehemaligen DDR vereinbar

waren, kann hier nicht geprüft werden. Es ist zudem eine überholte Frage, da die Verfassung des ehem. Staates DDR nicht mehr gilt.“ Eine rechtlich sehr fragwürdige Formulierung.

Ich will mir aus Platzgründen ersparen, auf weiteren Schriftverkehr, den ich mit den verschiedenen Stellen geführt habe, einzugehen.

Auch in den folgenden Jahren gab es eine umfangreiche Korrespondenz. Interessant noch die mit Bundespräsident Köhler im Mai 2007. Es fand bei ihm eine Podiumsdiskussion mit Gymnasiasten statt, an der unter anderem auch Jahn teilnahm. Ich bot mich als Teilnehmer, als Zeitzeuge an. Der Eingang meines Briefes wurde lapidar bestätigt und mir mitgeteilt, dass mein Lebenslauf mit Interesse zur Kenntnis genommen wurde.

Leider wurde ich aber auch schmerzlich daran erinnert, dass am 15.6.1990 in der Volkskammer der DDR die Rentenkürzung für das MfS/AfNS durchgesetzt wurde.

Der Beschlussentwurf wurde vorgetragen durch Prof. Dr. Stief, seit 1978 Mitglied des Hauptausschusses der NPD. Die Fraktion der PDS war in der Volkskammer mit 66 Mitgliedern vertreten. Ihr Abstimmungsverhalten entzieht sich meiner Kenntnis.

Wie durch Prof. Dr. Dr. MERTEN begutachtet, ist dieser Beschluss rechtlich fragwürdig.

Beim Aufräumen fiel mir aber auch mein Diplom von 1974, Juristische Hochschule Potsdam, in die Hände und der Abschluss an der Bezirksparteischule „Ernst Schneller“ Karl-Marx-Stadt aus dem Jahre 1980. Was habe ich auch im Studium gelernt und das ist heute eine Binsenweisheit, es geht dem Kapitalismus nicht darum, den Wohlstand der Bevölkerung zu verbessern, sondern eigenen Profit zu erhöhen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat mit Moral wenig oder gar nichts zu schaffen. Ausbeutung, Habgier und Spekulanten sind an der Tagesordnung.

Wir haben „Das Kapital“ von Karl Marx studiert. Vielleicht war es im politischen Alltag mehr oder weniger eine Pflichtlektüre. Heute erleben wir, dass Marx Recht hatte. Eine Gesellschaft mit kapitalistischer Produktionsweise ist eine Klassengesellschaft. Die politisch

Herrschenden stellen sich in den Dienst des Kapitals. Meine Generation der Nachkriegsgeborenen hat den realen Kapitalismus nicht erlebt. Und für die 40 Jahre DDR, in der ich auf solche Erfahrungen verzichten durfte, bin ich heute noch dankbar.

Was will ich damit sagen? Wenn wir ehrlich vor uns selbst sind, waren wir bei aller theoretischen Vorbildung überrascht, als wir mit den Auswüchsen des Kapitalismus in der Realität nach 1990 konfrontiert wurden. Wir waren darauf praktisch nicht vorbereitet. Wir waren „überrascht“, als wir persönlich zu spüren bekamen, dass Marx Recht hatte, wenn er sagte, Justiz ist Teil des gesellschaftlichen Überbaus. Hatten wir in unseren Studien nicht gelernt, was Klassenjustiz ist, ein Instrument der Herrschenden im Klassenkampf.

Der 2019 verstorbene Bundesminister für Justiz, Kinkel, hat das letztlich am 23.9.1991 vor dem 15. Deutschen Richtertag als Auftrag formuliert – das „SED Regime“ zu delegitimieren. Und daran hat sich bis heute nichts geändert. Wir alle wissen, dass die Ernennung von Richtern am Bundesverfassungsgericht nicht frei von politischen Einflüssen ist. Nochmals zur Erinnerung: von den 16 Richtern werden acht vom Bundestag und acht vom Bundesrat gewählt. Selbst der Deutsche Richterbund kritisiert und beklagt dieses Auswahlverfahren. Er konstatiert den zunehmenden Einfluss der Exekutive auf die Justiz.

Ich formuliere das einmal drastisch. Es herrscht bei der Auswahl der Richter Intransparenz und Kungelei. Defacto werden die Richter, die über unsere berechtigten Anliegen entscheiden sollen, „ausgekungelt“.

Konnten wir überhaupt erwarten, dass dieses System mit uns fair, nach Geist und Buchstaben des Gesetzes umgeht und verfährt? Ich jedenfalls nicht, vielmehr hielten sich meine Erwartungen in überschaubaren Grenzen. Fast 40 Jahre haben wir, die Angehörigen des MfS und der anderen Sicherheits- und Schutzorgane dieses Systems bekämpft und bloßgestellt, haben ihm empfindliche Schläppen beigebracht und haben entscheidend dazu beigetragen, dass Frieden in Europa herrschte.

Ich sage es einmal überspitzt. Dieses System hat mit Moral wenig bzw. überhaupt nichts zu tun. So gesehen konnten und können wir keine Gerechtigkeit erwarten. Dieses System wird uns bis zum „bitteren Ende“ hassen.

Wir, die es gewagt hatten, an den Grundfesten der Macht zu rütteln. Für sie darf sich das nie wiederholen.

Der DDR-Bürger, der im Herbst 1989 auf die Straße ging, ist heute in der kapitalistischen Wirklichkeit, in ihrer ganzen Hässlichkeit angekommen. Den Staat DDR wollten sie so nicht mehr, rufen aber heute lauter denn je „Staat hilf“. Leider gibt es keine politische Kraft, keine starke Linke, die ihnen Antwort auf ihre Fragen gibt, die für sie eine politische Heimat darstellen könnte. So haben alle möglichen Strömungen ein breites Betätigungsfeld. Leider muss ich auch feststellen, dass Funktionsträger der LINKEN sich in der Gesellschaft etabliert haben, sie wurden gewissermaßen korrumpt und entfernen sich immer weiter von den täglichen Sorgen und Nöten unserer Menschen.

Ich höre jetzt schon die Frage, also war der Kampf von ISOR in den letzten 30 Jahren sinnlos, da von vornherein zum Scheitern verurteilt. Von mir ein klares Nein!

Es war richtig und notwendig, dass wir von Anfang an um unsere Rechte, um Rentengerechtigkeit gekämpft haben. Den Genossen und Freunden, den Anwälten und Gutachtern, die uns in diesem Kampf unterstützt haben, gehört mein großer Respekt und meine Anerkennung.

Ob wir in unserem Kampf in den ersten Jahren in der Wahl unserer Mittel und Methoden, der Berater immer richtig lagen, vermag ich nicht zu sagen. Sicher haben wir Fehler gemacht. Wir mussten Kapitalismus ja erst „lernen“ und waren in unserem Tun und Handeln oft auch blauäugig. Wir haben im wahrsten Sinne des Wortes auch „Lehrgeld“ bezahlen müssen.

Ich nehme mich dabei wahrlich nicht aus, wenn ich allein an meinen Umgang mit den Medien denke. Ich habe Fehler gemacht, die ich mit meinem heutigen Wissenstand nicht wiederholen würde.

Eins möchte ich feststellen, wir haben Flagge gezeigt und unsere Ehre, unsere Würde hochgehalten. Horst Parton hat von Selbstachtung gesprochen. Die Herrschenden hätten liebend gerne gesehen, dass wir auf die Knie fallen und um Abbitte betteln. Und diesen Gefallen haben wir ihnen nicht getan. Im Gegenteil, unsere Stimme ist nie verstummt. Wir haben immer, auch mit ISOR, demonstriert, uns gibt es noch. Und daran sollten wir auch zukünftig festhalten. Leider sind viele gute Genossen nicht mehr am Leben oder sind hochbetagt. Manche haben sich auch kleinmütig von uns abgewandt. Und dennoch ist ISOR auch heute noch ein starker Verein, dessen Stimme Gewicht hat.

Auch in der Zukunft muss das unser Anspruch sein, immer wieder die Stimme erhe-

ben, Rentengerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit einzufordern. Damit machen wir deutlich, uns gibt es noch. Auch wenn unser Kampf wenig aussichtsreich sein wird. Horst Parton hat das so formuliert.

Die Würde des Menschen ist unantastbar, das Leben ist heilig, verkündet man auch heute noch gebetsmühlenartig. Immer mit dem Blick nach Russland, nach China, Kuba oder Weißrussland. Im eigenen Land wird dieser Grundsatz in der Realität jedoch täglich mit Füßen getreten und millionenfach verletzt.

So gesehen, lieber Horst Parton, muss ich Dir widersprechen. Von einem „Appell an die politische Vernunft 30 Jahre Deutsche Einheit“, so richtig er in der Öffentlichkeitarbeit ist, verspreche ich mir aber in der Wirkung herzlich wenig.

Wie stelle ich mir unsere inhaltliche Arbeit in den nächsten Jahren unter den veränderten Lagebedingungen vor? Wir werden älter, die Liste der Gratulationen für Hochbetagte, aber auch die Liste der Verstorbenen hält uns gewissermaßen den Spiegel vors Gesicht.

Ich zum Beispiel war unlängst erschrocken, als ich vom Tod des Chefs der Bezirksverwaltung Cottbus, Generalmajor Horst Fitzner, erfuhr. Von den ehemaligen Leitern der Bezirksverwaltungen des MfS leben nunmehr noch der von Gera, Generalmajor Dangriß und ich. Und das wird sich in den nächsten Jahren leider so fortsetzen.

Stellen wir uns die Frage, was hat jeder von uns für Spuren hinterlassen. Was hinterlassen wir persönlich den nächsten Generationen, der unserer Kinder, Enkel und Urenkel. Machen wir nicht den gleichen Fehler, wie den mit unseren Eltern und Großeltern? Ich bedauere es auch heute noch, dass ich zu wenig von meinem Vater weiß. Was hat ihn bewogen, mit 18 Jahren Soldat in der faschistischen Wehrmacht zu werden. Wie war sein Empfinden, als der Feldzug in die Sowjetunion für ihn beendet war und er mit 20 Jahren als Kriegsinvaliden nach Hause, nach Ostpreußen kam. Und derer Fragen gibt es viele. Ich habe mit meinem Vater nicht darüber geredet. Ich hätte meine Mutter fragen sollen, wie es ihr mit gerade einmal 21 Jahren im Flüchtlingsstreck von Ostpreußen ergangen ist mit mir in den Armen als Kleinstkind. Wir haben nie darüber gesprochen. Ich bedauere das heute außerordentlich.

Machen wir, die noch als Zeitzeugen agieren können, nicht den gleichen Fehler. Wichtig ist nach meiner Meinung, dass wir erst einmal selbst unser persönliches Leben reflektieren. Wir sitzen oft zusammen und reden über die „große Weltpolitik“, machen uns Gedanken hinsichtlich der Ursachen für den „Untergang“ der DDR und sind stolz auf unsere Leistungen bei der Sicherung der DDR. Vergessen wir da-

bei nicht, über unser eigenes Leben, über unser Tun oder Nichttun zu reden. Damit machen wir doch die DDR mit ihren Errungenschaften, aber auch ihren Fehlern für kommende Generationen erlebbarer und verständlicher. Mich hat diese Erkenntnis mit dazu bewogen, das Buch „Der letzte Mann“ zu veröffentlichen. Ein Stück, wenn auch ein kleiner Ausschnitt, aus meinem Leben.

Wir, die DDR und Sozialismus 40 Jahre erlebt haben, werden in ein paar Jahren nicht mehr sein, können dann nicht mehr gefragt werden. Wir sollten mehr Mut haben, über unser persönliches Leben zu sprechen und auch über unsere Gefühle, die uns heute bewegen. Auch wir waren doch nicht nur ein „Heer edler Ritter“. Es fällt uns auch heute noch schwer, da uns unser Berufsleben in gewisser Hinsicht „hart“ und vorsichtig gemacht hat.

Laufen wir nicht Gefahr, dass wir uns noch zu sehr mit uns selbst beschäftigen und erzeugen damit Illusionen und Wunschdenken, was unsere Vergangenheit anbetrifft. Manchmal wäre etwas weniger „revolutionäres Pathos“ mehr. Nutzen wir unsere Zusammenkünfte, sicher in überschaubarem Kreis, zuzuhören. Die Lebensleistung des Großteils unserer Genossen hat das verdient und halten wir das vor allem fest.

Auch die heutige Welt ist schwer zu verstehen. Überlassen wir es nicht Populisten, die DDR einfach und simpel zu erklären. Diese Oberflächlichkeit und Geschichtsverfälschung sind auch nach 30 Jahren immer wieder an der Tagesordnung.

Bei allen Problemen geht es einem Großteil unserer Menschen materiell nicht schlecht. Schauen wir uns nur unsere eigenen Familien an. Auch wenn es pathetisch klingen mag, stellen wir uns doch selbst die Frage nach dem Sinn des Lebens. Beantworten wir uns selbst und für die kommenden Generationen diese einfache, aber komplizierte Frage. Die kommenden Generationen werden gravierende gesellschaftliche Veränderungen erleben. Die heutige Gesellschaft wird sich rasant ändern. Wir wissen aber nicht, wie die Zukunft aussehen wird. Vielleicht könnte China das Zukunftsmodell sein?

Wir werden es nicht mehr erleben. Aber wir sollten mit erhobenem Haupt „abtreten“ in der Gewissheit, wir haben unseren Kindern, Enkeln und Urenkeln Spuren hinterlassen. Sie sollen mal mit Stolz sagen können, das war meine Oma, das war mein Opa.

Deshalb lasst uns die Fahne auch zukünftig hochhalten. Allein die Tatsache, dass es uns noch gibt, treibt gewisse Leute auch weiterhin zur Weißglut. Stimmen, die da meinen, ISOR sollte abgewickelt werden, es hat doch keinen Zweck, muss man eine Absage erteilen. Richtig ist aber auch, dass wir keine falschen

Hoffnungen wecken. Die Justiz ist nun mal der „Büttel“ der Herrschenden.

In einem chinesischen Sprichwort heißt es sinngemäß:

Vergangenheit ist wichtig. Zukunft ist wichtig. Doch leben tun wir in der Gegenwart.

Noch abschließend ein persönlicher Gedanke.

Beim Aufräumen fiel mir die Urkunde „Verdienstmedaille der DDR“ von 1959 in die Hände. Sie war unterzeichnet von Grotewohl. Damals war es üblich, dass der Träger eine Ausweiskarte erhielt, die ihn zum Tragen berechtigte. Ausgezeichnet wurde mein Schwiegervater, Jahrgang 1903, seit den 20er Jahren Mitglied der KPD und im Berufsleben Formgießer, eine schwere körperliche Arbeit. Meine Schwiegereltern haben drei Söhne und eine Tochter großgezogen. Die Tochter, meine Ehefrau, war Offizier im MfS, auch zwei ihrer Brüder.

Ich erhielt die gleiche Auszeichnung 1975. Die Urkunde war von Sindermann unterschrieben. Ich war Leiter der KD Reichenbach und gerade einmal 31 Jahre alt.

Diese Auszeichnung war für mich eine große Ehre und Ansporn.

Ich stelle mir heute die Frage, wer hatte diese Medaille verdient für seine Lebensleistung.

Die Frage beantwortet sich von selbst.

Vielleicht ist das auch ein Stück angemahnte Ehrlichkeit zum eigenen Leben.

*

Aus der Arbeit des Vorstandes

Unter Einhaltung der Hygiene-Auflagen tagte der Vorstand planmäßig am 19.5.2021. Die Landesbeauftragten berichteten über die unter Corona-Bedingungen eingeschränkten Aktivitäten in den TIG und die ersten Planungen von Veranstaltungen anlässlich des 30. Jahrestages der ISOR.

*

Der Vorstand verständigte sich darauf, zum 30. Jahrestag der ISOR in überregionalen Tageszeitungen ganzseitige Zeitungsannoncen zu veröffentlichen, in denen auf das Gutachten von Prof.

Dr. Dr. Merten verwiesen und die Reaktion der Bundesregierung kommentiert wird.

*

Der Geschäftsführer berichtete zur statistischen Einschätzung der Mitgliederbewegung. Mit Stand vom 31.03.2021 hatte ISOR 7.680 Mitglieder. Im letzten Halbjahr sind 248 Mitglieder verstorben und 231 Mitglieder, vorwiegend aus Alters- und Gesundheitsgründen ausgetreten.

*

Ehrenmitgliedschaft verliehen

Der Vorstand beschloss, **Hans Wendt, TIG Güstrow**, anlässlich des 30. Jahrestages der ISOR die Ehrenmitgliedschaft zu verleihen. Er gehört zu den Gründungsmitgliedern der ISOR und hat als Mitglied des Vorstandes und Stellvertreter des Vorsitzenden in vorbildlicher Weise zur Entwicklung und Festigung seiner TIG beigetragen.

Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR

Grußadresse des Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR

an den Vorstand und die Mitglieder der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR (ISOR e.V.)

Sehr geehrter Genosse Horst Parton,
Liebe Genossinnen und Genossen, Freunde und
Mitstreiter der Initiativgemeinschaft,

der Vorstand, der Ältestenrat und die Mitglieder des Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR übermitteln euch zu Eurem Jubiläum, dem 30. Jahrestag der Gründung Eurer Initiativgemeinschaft – ISOR e. V., die herzlichsten Glückwünsche und brüderlichen Kampfesgrüße.

Mit der Gründung der Initiativgemeinschaft am 6. Juni 1991 habt Ihr unter schwierigsten Bedingungen nach dem Ende der DDR begonnen, Euch für soziale Gerechtigkeit, der Verhinderung des weiteren Sozialabbaus, für Rentengerechtigkeit und Menschenwürde aller ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe einzusetzen und für deren Rechte zu kämpfen. Niemand konnte damals ahnen, wie schwierig, beschwerlich und langwierig dieser Kampf gegen soziale Ausgrenzung und Diskriminierung der Angehörigen der bewaffneten Organe sein würde. Aber Tausende waren von der Notwendigkeit dieses Kampfes überzeugt, denn um unsere Rechte zu kämpfen müssen wir schon selber tun. Und so wurde ISOR bald zu einer starken Organisation, die im Bündnis mit anderen Vereinen und Organisationen, erfolgreich den Kampf um



Rentengerechtigkeit und humanitäre Unterstützung führte. Bereits von Anfang an waren auch ehemalige Angehörige der NVA und der Grenztruppen Mitglieder von ISOR und stärkten so diesen Kampf.

Schauen wir heute nach 30 Jahren auf diesen Kampf zurück, so können wir feststellen, dass ISOR viel erreicht hat, insbesondere für die Genossen, die einer Strafverfolgung wegen ihrer ausübten Tätigkeit in der DDR ausgesetzt waren. Hervorzuheben seien hier nur die große Unterstützung bei ihrer Verteidigung und Vertretung in den Strafverfahren, der Unterstützung von in Not geratener Genossen und deren Familienangehörigen, insbesondere unserer Grenzsoldaten. An der Beseitigung des Rentenstrafrechtes für viele ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe, der Abmilderung der Strafrenten für viele Angehörige des MfS habt Ihr im gemeinsamen Kampf mit anderen Organen einen großen Anteil.

Dazu gehört auch die große Unterstützung, die ISOR unserem Verband von der Gründung bis heute gegeben hat. Hervorzuheben sind hier vor allem die Hilfe bei der gemeinsamen Arbeit für den Aufruf „Soldaten für den Frieden“. Viele gemeinsame Treffen, Vorträge, Zusammenkünfte zeugen von unserem Solidaritäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl im Kampf um unsere sozialen Rechte und für den Erhalt des Friedens.

Liebe Genossen und Kampfgefährten, nach 30 Jahren Kampf um Gerechtigkeit in solidarischer Geschlossenheit, gibt es für Euch ausreichend Gründe diesen Tag würdig zu begehen. Nehmt deshalb an Eurem Ehrentag unseren besonderen Dank für die uns stets gewährte uneigennützige Unterstützung bei Aufbau unseres Verbandes, in unserem Kampf um Frieden, um unsere Rechte und für die Freundschaft mit anderen Völkern, insbesondere zu Russland entgegen.

Wir sind überzeugt, dass wir auch weiterhin, gemeinsam mit Euch und den anderen Organisationen im OKV erfolgreich die Arbeit für den Frieden, um Recht und Gerechtigkeit, die Verbreitung der Wahrheit

über unsere bewaffneten Organe und deren Leistungen zum Erhalt des Friedens fortsetzen werden.

Wir wünschen allen Angehörigen von ISOR und ihren Familien weiterhin viel Erfolg in der weiteren Arbeit, Glück, Schaffenskraft und beste Gesundheit.

Oberst a.D. Friedemann Munkelt
Vorsitzender des Verbandes

Generalmajor a.D. Sebald Daum
Sprecher des Ältestenrates



Der 80. Jahrestag des Überfalls auf die UdSSR und der Tag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus waren bedeutende Ereignisse, die im Leben unseres Vereins eine Rolle spielten. Wir veröffentlichen in dieser und der nächsten Ausgabe Beiträge, die uns in großer Anzahl erreichten

Rede zum 8./9. Mai von Liane Kilinc – Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V.

Wir treffen uns hier, heute, wie jedes Jahr, um den Soldaten der Roten Armee für unsere Befreiung vom Faschismus zu danken.

Wir wissen, dass die Sowjetunion der Motor dieser Befreiung war; dass ihre Truppen die Naziwehrmacht zerschlagen haben; dass ihre Städte, ihre Dörfer, ihre Menschen den Preis für den Frieden bezahlt haben, der durch die Niederlage des Hitlerfaschismus ermöglicht wurde.

Wir wissen das, auch wenn das offizielle Deutschland nach Wegen sucht, diese einfache Wahrheit zu leugnen. Unser Dank kommt von Herzen, und ist uns eine Verpflichtung, über diesen Frieden zu wachen.

Aber dieses Jahr liegt unser Gedenken unter einem doppelten Schatten.

Der erste ist der Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion, der dieses Jahr achtzig Jahre zurückliegt. Ein Überfall, an den man in Deutschland ungern erinnert. So ungern, dass kürzlich erst Bundespräsident Schäuble eine Gedenkstunde im Parlament zu diesem Anlass abgelehnt hat. So ungern, dass der grausa-

me Vernichtungskrieg, der an jenem Tag gegen die Völker der Sowjetunion begonnen wurde, im Unterricht an den Schulen keine Rolle spielt; man spricht nicht von der Belagerung Leninschts, man spricht nicht von der Schlacht von Stalingrad, man spricht nicht von den Kämpfen um Sewastopol, aber man spricht von der Landung in der Normandie. Der 22. Juni 1941 und der heimtückische Angriff, der um viertel nach drei Uhr morgens begann, soll nicht Teil des historischen Gedenkens sein.

Der zweite Schatten ist unsere Gegenwart.

Nicht nur in Gestalt der beständigen, aggressiven Rhetorik von der ‚russischen Bedrohung‘, die als ‚russische Desinformation‘ oder als ‚russische Wahlmanipulation‘, als ‚russischer Cyberangriff‘ regelmäßig aus den Druckpresse oder Fernsehlausbroadcasts rinnt; ja, sogar Impfstoffe soll dieses imaginäre Russland nur als Waffen gebrauchen. Nein, der Schatten hat konkretere und fassbarere Formen.

Er fährt auf Eisenbahngleisen in Panzergestalt gen Osten; er fährt in den Uniformen der NATO-Armeen viertausendköpfig den Panzern hinterher; er dreht als Spionageflieger oder -drohne seine Kreise rund um die Krim oder

entlang der Frontlinie des ukrainischen Bürgerkriegs, und er streckt sich in jedem der vielen Manöver, Defender 2021 oder eines der kleinen, immer und immer wieder hin zur russischen Grenze.

Der schwarze Schatten, der schon an der Wiege der NATO stand, die als Angriffspakt gegen die Sowjetunion gegründet wurde und nun meint, als Angriffspakt gegen Russland ihre Bestimmung erfüllen zu können.

Eine NATO, die genau jenen Deutschen an die Spitze ihrer militärischen Planungen setzte, der schon das ‚Unternehmen Barbarossa‘ geplant hatte, den Nazigeneral Adolf Heusinger.

Damals zeigte sich ein demokratischer Senator noch entsetzt über diese Ernennung. Er sagte: „Das State Department sollte wirklich verstehen, dass ich dieses Argument nicht kaufe, dass ... es nötig ist, um die militärische Stärke Westdeutschlands aufzubauen, einen Nazigeneral in eine Stellung des höchsten Kommandos zu hieven, ... wo er Einfluss, Autorität und Macht hat, die gemeinsame Militärpolitik zu bestimmen, deren Teil die Vereinigten Staaten sind. Dieser Nazigeneral ist ohne jeden Zweifel mitverantwortlich für den Tod tausender ameri-

kanischer Jungs ... was ist mit unserem Gedächtnis passiert? Ist es wirklich so kurz?"

Ja, diese NATO wurde nicht nur von Nazigeränen mit aufgebaut; diese NATO verbündet sich auch mit jenen, die einst Verbündete der Nazis waren. Wie die Anhänger Banderas in der Ukraine.

Vor Beginn des deutschen Überfalls hatte der spätere Adenauer-Minister Theodor Oberländer monatelang jene ukrainischen Truppen gedrillt, die dann als „Bataillon Nachtigall“ mit der Wehrmacht in die Ukraine eindrangen und von Lemberg bis Babij Jar sich vor allem mit Massakern an ihren jüdischen Nachbarn hervortaten. Die heutige Ukraine, die so gerne in die NATO aufgenommen werden will, hat Bandera zum Nationalhelden erklärt und verherrlicht den Kriegsverbrecher Schuschkewitsch, der das Bataillon Nachtigall kommandierte.

Die NATO hält jedes Jahr gemeinsame Manöver mit dieser Ukraine ab, schickt Ausbilder in ihre Armee und beliefert sie mit den Daten jener eifrig kreisenden Fluggeräte. Dieser schwarze Schatten hat die Gestalt der ukrainischen Truppen, die an die Front im Donbass gekarrt werden; hat die Gestalt der Haubitzen und Raketenwerfer, die die Dörfer im Donbass unter Feuer nehmen.

Dort, im Donbass, berühren sich der Krieg, den die Nazis begannen, und der, den die Freunde der NATO heute dort führen, wie zwei einander überlagernde Bilder. Es gibt dort einen Ort, Saur-Mogila, an dem schon im Zweiten Weltkrieg eine Schlacht stattfand, für die ein großes Denkmal errichtet worden war. Dieses Denkmal wurde 2014 in Trümmer geschossen, und unter dem großen eisernen Stiefel, der von der Statue übriggeblieben ist, liegen die Gräber derer, die den Hügel in den neuen Gefechten verteidigt hatten. Von diesem Krieg wird bei uns erzählt, als würde er von Moskau betrieben. Dabei war es die illegal an die Macht gekommene Regierung in der Ukraine, die begann, ihre eigenen Bürger zu beschießen. Eben jene, deren große Vorbilder Bandera und Schuschkewitsch heißen. Und die nur allzu gern bereit sind, den Anlass zu einem zweiten „Unternehmen Barbarossa“ zu liefern.

Dieser schwarze Schatten spricht aus den Mündern der NATO-Kriegsminister. Ich möchte noch ein kleines Zitat bringen:

„Heute stehen rund 160 russische Divisionen an unserer Grenze. Seit Wochen finden dauernde Verletzungen dieser Grenze statt, nicht nur bei uns, sondern ebenso im hohen Norden, wie in Rumänien. Russische Flieger machen es sich zum Vergnügen, unbekümmert diese Grenzen einfach zu übersehen, um uns wohl dadurch zu beweisen, dass sie sich bereits als die Herren dieser Gebiete fühlen.“

Klingt das vertraut? Russische Divisionen, die bedrohen, weil sie auf eigenem Gebiet

stehen? Klagen über russische Flieger? All das hören wir seit Jahren, mit stetig steigender Frequenz. Das Zitat ist aber nicht von heute. Es stammt aus der Rede, mit der Hitler am 22. Juni 1941 den Beginn des deutschen Überfalls im Radio bekannt gab. In dieser Rede finden sich viele Motive wieder, die uns aus den Medien bekannt sind. Nein, in Wirklichkeit ist es ja andersherum – die heutigen Medien verwenden Motive, die schon damals Bestandteil der Propaganda waren. Noch eine Kostprobe gefällig?

„Die jüdisch-bolschewistischen Machthaber in Moskau haben es unentwegt unternommen, unserem und den anderen europäischen Völkern ihre Herrschaft aufzuoktroyieren.“ Ja, die Formulierung „jüdisch-bolschewistisch“ ist nicht mehr so aktuell. Aber es ist schon interessant, dass der kleine Taschenspielertrick, das Wort ‚Regierung‘ durch ‚Machthaber‘ zu ersetzen, schon dem Herrn Hitler geläufig war. Hören wir den Satz noch einmal, ohne die störende Vokabel:

„Die Machthaber in Moskau haben es unentwegt unternommen, unserem und den anderen europäischen Völkern ihre Herrschaft aufzuoktroyieren.“ Das ist schon aktuelle NATO-Sprache. Noch näher kommen wir mit diesem Satz: „Die Aufgabe dieser Front ist daher nicht mehr der Schutz einzelner Länder, sondern die Sicherung Europas und damit die Rettung aller.“

Wie bei den heutigen NATO-Manövern waren am Überfall auf die Sowjetunion Truppen aus vielen Ländern beteiligt. Rumänen, die die jüdischen Einwohner Odessas massakrierten; Holländer, Franzosen, Italiener, Finnen....

Die meisten Menschen hier bei uns erkennen diesen schwarzen Schatten nicht. Weil man über diesen Angriff nicht spricht. Sie kennen auch diese Rede Hitlers nicht, sonst würde die Propaganda auf taube Ohren treffen. In Russland kennt man allerdings diese Sprache noch sehr gut, und man erkennt sie wieder, wenn man sie in den deutschen Sendern hört. In Russland hat man diesen schwarzen Schatten nie vergessen. Dafür hat schon die ungeheure Zahl der Opfer gesorgt.

Das offizielle Deutschland, diese BRD mit besetztem Anhang, sieht sich, und darin ist es zumindest ehrlich, weit eher in der Nachfolge der Überfallenden als in der Nachfolge der Befreiten. Es meint, der Roten Armee vorhalten zu können, die Nazarmee nicht durch Blumenwürfe niedergerungen zu haben, sondern mit Katjuschas und T 34. Es versucht, den Überfallenen die Schuld zuzuschieben, statt schon für die Tatsache zu danken, dass keine 70 000 deutschen Dörfer und über 1100 deutsche Städte dem Erdboden gleichgemacht wurden. Niemand hat in Deutschland die Bewohner eines Dorfes in eine Kirche getrieben und diese dann angezündet. Nein, der erste sowjetische

Stadtkommandant von Berlin, Nikolai Bersarin, kümmerte sich nicht nur sofort um die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, er öffnete auch Kinos und Theater, um den Menschen Lebensmut zu geben.

Nach der Annexion der DDR wurden übrigens alle sowjetischen Ehrenbürger Berlins von der Liste gestrichen, im Gegensatz zu den US-amerikanischen; Bersarin wurde erst 2003 als einziger wieder aufgenommen.

Das offizielle Deutschland wagt es, der Sowjetunion vorzuwerfen, dass sie Nazis in Lager gesperrt hat. Es macht sich dabei nie die Mühe, darauf hinzuweisen, dass die Hitlerarmee Anweisung hatte, jedes Mitglied der Kommunistischen Partei sofort zu ermorden. Keinen Augenblick, nie, darf der Gedanke auftreten, auf welchem Feld die Rote Armee ihren größten Sieg errang: bei der Bewahrung der Menschlichkeit im Angesicht der größten Barbarei. Für diesen Sieg steht das große Denkmal in Treptow.

Das kleine Mädchen auf dem Arm des sowjetischen Soldaten soll nicht nur an eine Episode, eine einzelne Heldentat erinnern. Es steht für den Triumph der Humanität über Vernichtung und Tod, und es steht für das neue Leben, das zumindest einem Teil unseres Landes danach für vier Jahrzehnte vergönnt war.

Wenn wir uns heute an diesen Sieg erinnern und unserem Dank dafür Ausdruck verleihen, dann dürfen wir es nicht halb tun; wir dürfen die Verpflichtung nicht vergessen, die damit einhergeht.

Wir müssen über diesen Frieden wachen.

*

Die Getriebenen

Es war 1943. Täglich wurde ein zerlumpter Haufen Menschen ans uns Erwachsenen und Kindern vorbeigetrieben. Es waren sowjetische Kriegsgefangene, die unweit von uns in einem Lager untergebracht waren. Wir standen dort an einer Bushaltestelle und warteten auf den Bus, um zur Schule in Wismar zu fahren. Eines Tages, es muss im November 1943 gewesen sein, hatte ein vorbeifahrendes Pferdefuhrwerk Achsbruch erlitten.

Überall verstreut lagen Zuckerrüben auf der Straße. Als der Gefangenenzug sich der Unfallstelle näherte, sprangen die Gefangenen hin und aben gierig die dreckigen Rüben. Manche steckten sich welche unter die Jacke. Sofort ließen die deutschen Wachsoldaten hin und schlügen mit Gewehrkolben auf die Gefangenen ein. Die Rüben mussten hingeworfen werden!

Am 2. Mai 1945 standen wir am späten Nachmittag an der Straße, fast an der gleichen Stelle, am Stadtausgang von Wismar, Richtung Rostock. Gegen Mittag waren sowjetische

Panzer schon kurz vor unserer Wohnsiedlung aus Richtung Güstrow, dann aber in Richtung Rostock abgebogen.

Von anderen Einwohnern wussten auch wir Kinder, dass Wismar bereits von den „Tommis“ besetzt war.

Viele Menschen, Erwachsene und Kinder standen an der Straße Richtung Rostock und warteten auf die Engländer. Aber dann, auf einmal hörten wir Panzergeräusche. Und kamen sie? Die Russen! Ich weiß nicht, wieviel T 34 es waren. Aus den vorbeifahrenden Panzern wurden uns Kindern Bonbons geworfen.

Die sowjetischen Panzer sind noch in der gleichen Nacht zurückgefahren, weil Wismar

ja schon von den westlichen Alliierten besetzt war.

Unsere Siedlung war für 2 Monate Niemandsland. Danach zogen sich die westlichen Alliierten auf die Demarkationslinien zurück, wie sie auf Jalta festgelegt waren.

Ich begriff damals sicher nicht sofort alle Zusammenhänge. Aber beide Ereignisse haben mein politisches Leben in der DDR und mein Verhältnis zur Sowjetunion und jetzt zu Russland geprägt.

Frieder Rosada, Wismar

*

Elbe-Tag 2021 in Torgau



Der Enkel von Generalmajor Ljatschenko, Oleg Eremenko, richtete bei der Enthüllung einer Gedenktafel anlässlich der kampflosen Übergabe Greifswalds ein Schreiben an die Stadtverwaltung.

Darin heißt es:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Fassbinder,
Sehr geehrter Herr Dr. Kiel, Sehr geehrte Frau Dahms,

Zwei Jahre unermüdlicher gemeinsamer Arbeit haben sich vollendet. Die lang erwartete Enthüllung der Gedenktafel für meinen Großvater, Held der Sowjetunion, Armeegeneral Nikolai Grigorewitsch Ljaschtschenko, konnte endlich, trotz aller Schwierigkeiten in der heutigen unruhigen Welt und bestehenden politischen Hindernisse, erfolgreich und in aller Würde stattfinden. Es war ein lang erwartetes und sehr aufregendes Ereignis für unsere Familie. In einer Zeit, in der viele Politiker über Unstimmigkeiten reden, über die Revision der Geschichte, bauen wir die Freundschaftsbrücke zwischen unseren Nationen und stärken die Freundschaft unserer Völker. Aus tiefstem Herzen möchte ich mich bei Ihnen noch einmal bedanken und Ihnen allen die herzlichsten Worte des Dankes meiner Eltern, aller An-

gehörigen der Familie Ljaschtschenko übermitteln. Ihre Wärme und Herzlichkeit wird einen immerwährenden tiefen Eindruck bei mir hinterlassen. Zum 76. Jahrestages der Befreiung Europas vom Faschismus möchte ich uns allen noch einmal einen friedlichen Himmel, Kraft, gute Gesundheit und viele weitere gemeinsame Projekte zur Stärkung der Freundschaft zwischen unseren Völkern wünschen!

Mit aller Dankbarkeit und Eremenko

Wir veröffentlichen in unserer Internetausgabe einen Beitrag mit dem Titel „Gewissen in Aufruhr“. Er enthält die Würdigungen gegenüber Rudolf Petershagen und dem sowjetischen Kommandeur N. G. Ljaschtschenko in Wort und Bild.

Anlässlich des Tages der Befreiung legte eine kleine Abordnung unserer TIG Suhl ein Blumengebinde am sowjetischen Ehrenmal in Suhl nieder. Wir gedachten der Leistungen und der Opfer der Sowjetunion bei der Befreiung der Völker vom deutschen Faschismus.



Moin lieber Gerdt,

vielen Dank für die Zusendung der ISOR-Informationen. Diese haben mich spontan dazu veranlasst, selber mal einen Rückblick auf mein persönliches und die des RotFuchs und in jüngerer Geschichte auch die des GeFiS (Gesellschaft für Frieden und Internationale Solidarität *die Red.*) zu machen. Es ist schon sehr beeindruckend, was ISOR insgesamt geleistet hat und es bedarf einer besonderen Würdigung. Es geht nicht darum, uns gegenseitig auf die Schulter zu

klopfen, es geht darum, Eure Leistung entsprechend gerecht hoch genug zu würdigen, denn das ist gerade unter den „feindlichen Bedingungen“ die ISOR bei der Durchsetzung seiner ganz persönlichen Rechte bundesdeutscher Bürger einer besonderen Wertschätzung unerlässlich.

Wegen der Kurzfristigkeit in der Sache selbst habe ich entgegen meinen Richtlinien

Gruß eines Verbündeten

diesen Text weder im RotFuchsvorstand von Rostock noch im Präsidium der GeFiS abgesprochen, bin mir aber sicher, dass ich im Namen der Mitglieder der genannten Organisationen spreche. Es war mir einfach ein Bedürfnis, auch den Mitgliedern von ISOR und in erster Linie den „Machern“ einfach Danke zu sagen.

Wir wissen alle nur zu gut, dass mit fortschreitendem Alter, gesundheitlichen Problemen es nicht 100 % vorhersehbar ist, wie lange und im welchen Umfang wir unseren gemeinsamen Kampf noch fortführen können. Dass wir es müssen, ist bei der schreienden Ungerechtigkeit allemal notwendig. Gerade unter diesen Gesichtspunkten gilt es auch neu zu beurteilen, wie wir alle Kräfte für unseren gemeinsamen Kampf bündeln können. Die Voraussetzungen, das Vertrauen ist zwischen uns jederzeit gegeben. (...)

Viele Grüße Carsten Hanke

*

Vorwärts und nicht vergessen: Die Solidarität

Aufruf des Vorstandes der ISOR e.V. zu einer Spendenaktion für Kuba

Corona und die anhaltende Wirtschaftsblokade der USA beeinträchtigen aktuell in erheblichem Maße die Umsetzung der von den beiden letzten Parteitagen der KP Kubas beschlossenen Aufgaben zur Überwindung von Strukturproblemen in der Gesellschaft und der Wirtschaft. Eine größere Öffentlichkeit und Unterstützung für Kubas Kampf für seine Souveränität ist deshalb unabdingbar.

Cuba si - eine AG in der Partei DIE LINKE – hat daher (ebenso wie weitere Organisationen in anderen Ländern) zu einer nationalen solidarischen Spendenaktion für Kuba aufgerufen, der wir unserer Unterstützung verschaffen. Jede Spende zählt; sie garantiert neben der materiellen auch politische Solidarität mit dem kubanischen Volk!

Organisatorisches: Spenden können ab sofort von den Gruppenbetreuern eingeworben oder auch direkt auf unser Vereinskonto (Bankverbindung: Berliner Sparkasse, IBAN: DE43 1005 0000 1713 0200 56) eingezahlt werden. Verwendungszweck: „Spende Kuba“. Überweisungen von Gruppenbetreuern bitte zusätzlich mit der TIG-Nr. bezeichnen. Zur Nachweisführung sollten in den TIG eigenverantwortlich einfache „Spendenlisten“ gefertigt und den Gruppenbetreuern übergeben werden. Abschluss der Aktion: August 2021.

„Der Vorstand wird den Gesamtbetrag der Spenden im September überreichen und über das Resultat in **ISOR aktuell** berichten.“



**1.000 Abos für
die Pressefreiheit!**

aDie marxistische Ausrichtung der JW wird zusätzlich dadurch belegt, dass die Zeitung sich mit Ideologien von Klassikern des Marxismus-Leninismus als Grundlage für ihre eigenen Bestrebungen befasst.

Aus der Antwort der Bundesregierung waren die Tageszeitung junge Welt vom Verfassungsschutz beobachtet wird

Zwischenruf

„Operation Abendsonne“

Was steckt dahinter? Ministerinnen und Minister der GroKo gönnen ihren Paladinen kurz vor den Wahlen üppige Gehälter und Pensionen. Auf die Schnelle wurden 71 Beamtenstellen der höchsten Besoldungsgruppe B in den Ministerien geschaffen. Es handelt sich hier um Gehälter zwischen 8305 und 9857 Euro monatlich. Wenn ein Beamter nun diese Stelle ergattert hat, behält er diese bis zur Pensionierung, selbst bei Nichtwiederwahl seines Dienstherren. Die Folge ist natürlich auch eine wesentlich höhere Pension. Alles „wohlerworbene“ (Tucholsky) Steuergelder.

Bundeswirtschaftsminister Altmaier ist die Speerspitze mit 18 zusätzlichen B-Stellen. 2017, damals Kanzleramtsminister, mahnte er noch, bei den Last-Minute-Beförderungen zur besonderen politischen Zurückhaltung.

Seit über einem Jahr herrscht die Pandemie. Unzählige kleine Unternehmen wissen nicht, ob sie diese Krise wirtschaftlich überstehen. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit stehen auf der Tagesordnung, den Rentnern wird trotz steigender Preise quasi eine Nullrunde verordnet. Aber den Beamten wird ihr Beamtenstuhl vergoldet.

Bleibt zu hoffen, dass nach dieser Abendsonne Aurora, der Morgenstern, aufgeht.

W. Steinfath

Schnell erklärt

Der Unterschied zwischen Rente und Pension



Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 26.05.2020

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.06.2021

Einstellung im Internet: 09.07.2021

Auslieferung: 09.12.2020

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: http://www.isor-sozialverein.de

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16